

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zugpreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherm.
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rote Straße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonelleile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Für und wider das Taylorsystem

V

Wissenschaftliche Zeitfestsetzungen.

In wie geriebener Weise man in Amerika vorgeht, um den Arbeitern das Taylorsystem schmackhaft zu machen, zeigt folgendes Beispiel: In einem großen Unternehmen, das aus mehreren Betrieben bestand, wurde in einem von diesen nach dem Taylorsystem gearbeitet, in einem andern nach alter Weise in Mass. In dem letztgenannten mußten die Arbeiter härter schaffen und verdienten weniger als in dem andern. Infolgedessen galt dieses Unternehmen als ein Muster davon, wie wohlthätig das Taylorsystem wirkt. Eine genaue Untersuchung brachte aber ein eigenartliches Ergebnis zutage. Als die Gesellschaft, der das Unternehmen gehört, beschloß, die wissenschaftliche Betriebsführung einzuführen, erklärte ihr der Leistungsbeamtete, daß unter den Arbeitern ein starkes Vorurteil dagegen herrsche und daß dieses erst zu überwinden sei, ehe es in allen Betrieben eingeführt werden könne. Zu diesem Zweck erhöhte der Beamte in dem Probebetrieb den Stundenlohn um zwei Cent und schrieb den Arbeitern Leistungen vor, deren Erfüllung er mit einer Prämie von etwa 20 v. H. des Stundenlohnes belohnte. Die Aufgaben waren so gesetzt, daß schlechterdings jeder Arbeiter sie ohne Ueberanstrengung erfüllen konnte. Unter diesen Umständen befanden die Arbeiter sich natürlich sehr wohl dabei. Eine genauere Prüfung zeigte aber, daß dieser Betrieb teurer arbeitete als die anderen. In einem andern Betriebe derselben Gesellschaft sollte das System ebenfalls eingeführt werden, aber ohne Lohnerhöhung und mit schwereren Aufgaben. Dort widersetzten sich die Arbeiter und der Leiter des erstgenannten Betriebes beschwerte sich darüber, daß der Leiter des andern ihn bloßstellen wolle.

Kollege Frey hebt hervor, daß, wenn die Zeitvorschriften wirklich mit wissenschaftlicher Genauigkeit festgesetzt würden, es dann nicht vorzukommen könnte, daß beschäftigte Arbeiter bei verschiedenen Arbeitsaufträgen so sehr in ihrer Leistungsfähigkeit schwanken. Frey gibt Beispiele an. Daraus geht natürlich hervor, daß nicht die Leistung der Arbeiter verschieden ist, sondern daß die Leistungsbeurteilung trotz des „wissenschaftlichen“ Systems die Zeiten bald zu hoch, bald zu niedrig angesetzt haben. Aus einer Erörterung weiß Frey von zwei fast gleichen Modellen zu berichten. Nur bestand das eine aus einem einseitigen, das andere aus zwei Hohl längeren Kasten erforderte. Die Zeit, die dieses Modell mehr beanspruchte, konnte höchstens zehn Minuten betragen; der „wissenschaftliche“ Leistungsbeamtete hatte jedoch zweieinhalb Stunden mehr dafür angesetzt.

Mit Recht hebt Kollege Frey hervor, daß es möglich sein mag, für alle vorzukommenden Arbeiten die erforderliche Zeit „wissenschaftlich“ genau zu ermitteln, daß es aber für den Arbeiter darauf ankommt, wie der Unternehmer das Taylorsystem handhabt.

Keine Lehrlinge mehr!

Eine Frage hat Herr Seibert in seinem Buche unerörtert gelassen, nämlich die, ob es nötig sei, noch Lehrlinge auszubilden, wenn dem Arbeiter jeder Handgriff vorgezeichnet und, wenn notwendig, von einem besonderen Unterwiesungsbeamten gezeigt wird. Nur wenige der von Frey untersuchten Betriebe hatten noch Lehrlinge, diese wurden aber nicht zu Handwerkern ausgebildet, sondern zu Beamten. In der Tat gilt den Taylorleuten die Ausbildung von Lehrlingen als veraltet, weil es ihnen nicht darauf ankommt, allseitig ausgebildete Handwerker heranzuziehen, sondern nur den Arbeitern einige wenige Handgriffe beizubringen. Eine der befragten Personen in einer Buchdruckerei erklärte:

„Wir können nicht einen Mann in die Lehre nehmen und ihn vier Jahre lang verschiedenen Arbeiten tun lassen, um ihn dann 21 Dollar die Woche zu zahlen. Wir müssen ihn an eine Arbeit stellen und dabei muß er bleiben. Wir haben einige Jungen und Mädchen in unserer Secherei und ich möchte sie schon zu Druckern, Retzwecken, Korrektoren usw. ausbilden und ihnen zwei oder drei Zweige des Berufes lehren, aber ich habe die Drohung im Rücken, daß ich ihnen am Ende von vier Jahren zu einem Wochenlohn von 21 Dollar verhelfen muß und ich kann für das Geld einen viel geeigneteren Mann haben, wenn ich ihn bei einer und derselben Arbeit festhalte.“

Nach dem eigenen Geständnis der Taylorleute kommt es ihnen darauf an, den geschicktesten Arbeitern ihre Handgriffe abzukaufchen und einige wenige von diesen ungelerten Arbeitern beizubringen. Da sollen dann die wenigsten Handgriffe in ewigem Einzelne wiederholen. Frey berichtet, daß ein Betriebsleiter ihnen erzählt habe, bei der in seinem Betriebe durchgeführten Arbeitsteilung sei es möglich, ungelernete Arbeiter in zehn bis fünfzehn Tagen soweit anzulernen, daß sie ihre Arbeit machen können. In anderen Betrieben war dazu mehr Zeit erforderlich, aber immerhin doch auch nur ein bis zwei Monate. Eine gründliche Ausbildung sollen nach Taylor nur einige wenige Beamte des Betriebes erhalten. Zu dieser Frage wäre noch vieles zu sagen; wir müssen es aber bis zu einer andern Gelegenheit aufschreiben.

Auslese der passendsten Arbeiter.

Auch auf diese legen die Taylorleute das größte Gewicht und damit haben sie erreicht, daß auch einige Gelehrte Hoffnungen auf die wissenschaftliche Betriebsführung setzen. In der Tat klingt es befriedigend, wenn man sagt, daß „für jede Arbeit die geeignete Person“ ausgewählt werden solle. Das ist bekanntlich auch eine alte sozialistische Forderung, nur mit dem Unterschiede, daß sie für alle Berufe gelten sollte, nicht nur für die Arbeiter, wie Taylor es will. Vor einiger Zeit ging durch die deutsche Presse die Nachricht, daß in einer nach Taylor arbeitenden amerikanischen Meißelwerkstatt Untersuchungen über die vorzuziehendste Art des Knopfsamlers angestellt wurden. Es handelte sich zunächst darum, wie lang der Faden sein müsse, damit die Näherinnen nicht zu oft einnähen müßten, aber auch nicht durch einen zu langen Faden behindert würden. Dann habe sich

gezeigt, daß es ebenfalls auf die Länge der Arme ankomme und man habe angefangen, die Arme der Arbeiterinnen zu messen und die Arme der leistungsfähigsten galten als „Marmeladearme“. Frey erzählt nun in seiner Schrift, das habe der „wissenschaftlichen Betriebsführung“ noch nicht genügt, denn man habe herausgefunden, daß auch die Länge der Finger eine Rolle spiele und nunmehr wurden die Finger gemessen. So kam man dahin, daß in der Knopfsamlerlei nur Arbeiterinnen mit Armen und Fingern von gleicher Länge beschäftigt wurden, die mit Nadeln von gleicher Länge einen Zwiern bearbeiteten mußten, der ihnen ebenfalls in genau abgemessener Fadenlänge geliefert wurde. Das war die „wissenschaftliche Betriebsführung“ in ihrer höchsten Vollendung. Natürlich hatte es unendlich viele Beobachtungen mit der Stoppuhr und tiefgründige Untersuchungen erfordert, um dieses Ergebnis zu erreichen. Aber das „System“ war noch nicht einmal solange in Wirksamkeit gewesen, wie es Zeit gebraucht hatte, um es auszuarbeiten, da zeigten sich schon große Unterschiede in den Leistungen der Arbeiterinnen. Diese waren eben Folgen der verschiedenen körperlichen und geistigen Eigenschaften der Arbeiterinnen und ihrer Fähigkeit, eine so überaus einseitige Arbeit längere Zeit ohne Schaden ausüben zu können. Dafür einen Maßstab aufzustellen, erwies sich als unmöglich. Der Unternehmer kehrte nunmehr zur alten Arbeitsweise zurück, maß den Arbeiterinnen Arme und Finger nicht mehr nach und erlaubte ihnen, den Zwiern so lang abzuschneiden, wie ihnen befiel. Die Folge war, daß die Näherinnen wieder in besserer Gesundheit und weniger abgehakt waren und mehr leisteten als unter dem Taylorsystem. Solche Ueberreibungen pflegen sich schnell zu rächen, wie es auch in diesem Falle geschehen ist. So wünschenswert man auch die Auswahl des passendsten Berufes ist, so wird sie sich vorläufig doch nur unvollkommen durchführen lassen, selbst nach Taylor'schen Grundsätzen. Wie Taylor sich die Auslese der passendsten Arbeiter denkt, ist bisher noch nicht bekannt geworden, wenigstens nicht in der weiteren Öffentlichkeit. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß Taylor sich selber noch nicht darüber klar ist, wie man ermittelt, ob ein Arbeiter sich besser zu einem Fräser eignet als zu einem Hobler oder zu einem Dreher, ob besser zu einem Rieter als zu einem Schmied usw. Wenn das Taylorsystem noch weiter eingeführt wird, so darf man annehmen, daß man mit den Arbeitern nach dieser Richtung noch viele Versuche anstellen wird, nicht zum Geburtenvorteil der Arbeiter. Unvermeidlich wird dies zu einem weiteren Uebel führen, nämlich zu einer weiteren Steigerung der

Abhebung.

Wenn man Taylor und seine Leute hört, so soll ihr System gerade das beste Mittel sein, eine Ueberhebung der Arbeiter zu vermeiden. Frey führt folgende Äußerungen von Taylor an:

„Die wissenschaftliche Betriebsführung sucht übermäßigen Hunger, Ueberhebung, nervöse und körperliche Erschöpfung der Arbeiter zu vermeiden durch:
Einführung genauer Kenntnisse auf Grund sorgfältiger Untersuchungen von Menschen und Maschinen anstelle von Schätzungen bei Einteilung eines Arbeitsauftrages und genaue Bestimmung der Arbeitszeit und der übrigen Arbeitsbedingungen;
dadurch, daß auf diese Weise das Bedürfnis nach besonders schnellen Maschinen überflüssig gemacht wird;
durch Lieferung der besten Werkzeuge und Rohstoffe zur rechten Zeit an den rechten Ort;
dadurch, daß die Verantwortlichkeit das Erfinden der besten Arbeitsweise den Arbeitern abgenommen und der Leitung überwiesen wird;
dadurch, daß dem einen Arbeiter die Verantwortlichkeit für die Arbeit anderer Arbeiter, sowie für die Behebung von Anfängern und Helfern abgenommen wird;
durch Ausbildung der Arbeiter in der vorzuziehendsten und leichtesten Art der Ausführung der Arbeiten;
durch Vereinfachung des Werkzeuges und der Ausführung;
durch Festsetzung zweckentsprechender Ruhezeiten und Erholungsmöglichkeiten während der Arbeitszeit;
durch Versorgung der Arbeiter mit den sichersten und gesundheitsförderndsten Umgebungen.“

So die Theorie. Wie ist aber die Praxis? Frey weist zunächst darauf hin, daß kein einziger der „wissenschaftlichen Betriebsführung“ sich um die vorzuziehendsten Folgen für die Arbeiter besümmert hat, die die Verkürzung der Arbeitszeit mit sich brachte; trotz der sehr langen Erfahrungen auf diesem Gebiete. Im Gegenteil. Einer der Taylorleute erklärte ihnen, es sei für die Gesundheit der Arbeiter gleich, ob sie zehn oder zwölf Stunden beschäftigt würden. Ein oder zwei Betriebe wurden gefunden, wo den Arbeitern empfohlen wurde, nicht mehr zu leisten als die vorgeschriebene Arbeit. In einem Betriebe wurde ein Arbeiter, der hochjährlig gearbeitet hatte, durch einen Abzug von der Prämie bestraft. Im allgemeinen aber wurden die Arbeiter angereizt, eine längere Zeit herauszuschinden, sowohl von den Unternehmern, wie von den Meistern, von diesen besonders darum, weil ihre Prämien von der Leistung ihrer Arbeiter abhängen. Der Unternehmer wolle niedrige Gehaltskosten und derjenige Beamte gilt ihm als der tüchtigste, der die niedrigsten Kosten erzielt, also auch die geringsten Ausgaben für Arbeitslohn. Nirgends fand der Untersuchungs-Ausschuß, daß man Forschungen über die Erschöpfung angestellt hätte. (Zu dem vorher erwähnten Buche von Boraitou werden solche Forschungen beschrieben.) Frey führt eine Äußerung von Mr. Gogin an, die diese Unterlassung scharf tadelt. Wie schon erwähnt, haben ja einige Taylorleute bei ihren Arbeitsvorschriften Zuschlagszeiten für Erschöpfung und unvorhergesehenen Aufenthalt vorgesehen, dies geschieht aber lediglich nach Gutdünken. Anderen kommt es im Gegenteil darauf an, die Arbeiter bis zum äußersten auszunutzen. In einem Betriebe waren die Arbeiter in kleine Gruppen geteilt, bei jeder gingen an einem Pfahl weit sichtbar zwei Tafeln. Auf der einen stand, wie viel Stück die Gruppe an dem Tage fertigbringen mußte und auf der andern, wieviel sie schon fertiggemacht hatten. Man

Zeit zu Zeit gingen die Anreiber von Gruppe zu Gruppe und schrieben die betreffenden Zahlen auf die Tafeln. Wie dies auf die verschiedenen Gruppen und auf die Arbeiter in den einzelnen Gruppen wirkte, kann man sich denken.

Wie es mit den Erholungsstunden ist, davon erzählt Frey ein schlagendes Beispiel. In einem Betriebe hatten die Arbeiter um solche Pausen ersucht. Das wurde abgelehnt. Einige Arbeiter wollten aber doch nicht darauf verzichten und arbeiteten um so schneller, um wenigstens nach Beendigung des Arbeitsauftrages einige Minuten zur Erholung zu gewinnen. Die Firma verbot dieses. Nun aber setzten sich die Arbeiter auf und der Leiter hatte schließlich doch Einsicht genug, daß er den Arbeitern die Pausen zugestand. Nun war es den dort beschäftigten Arbeiterinnen wenigstens wieder möglich, während der Arbeitszeit ihre Notdurft zu verrichten.

Die Frauenarbeit und die Wirtschaftslage in Deutschland

Mit der größten Aufmerksamkeit wird allseitig die Weiterentwicklung der Frauenarbeit verfolgt und es schien eine Zeitlang, als ob bereits im Laufe des Jahres 1916 die Zahl der erwerbstätigen oder lohnarbeitenden Frauen die Zahl der männlichen Lohnarbeiter überholen werde. Das geschah aber nicht, hingegen waren die beiden Zahlen Ende 1916 einander bis zur völligen Gleichheit nahegerückt, indem sich 3 770 567 männliche und 3 762 317 weibliche Krankenkassenmitglieder gegenüberstanden. Freilich verschleibt sich das Verhältnis sehr zugunsten der Arbeiter, wenn man ihnen die mehr als 700 000 Kriegsgefangenen zuzählt, die in Deutschland in Gewerbe und Industrie, Landwirtschaft usw. tätig sind. Ihre Gesamtzahl erhöht sich dann auf rund 4 1/2 Millionen gegen 3 1/2 Millionen Arbeiterinnen.

Aber halten wir an dem Vergleich der Mitglieder beider Geschlechter in den Krankenkassen fest, dann erhalten wir folgendes Bild der Verhältnisse in der Zusammensetzung der Arbeiterschaft während der Kriegszeit. Es wurden nämlich Krankenkassenmitglieder gezählt:

	Männliche	Weibliche
Juli 1914	7 536 761	4 237 687
Ende 1914	5 113 031	3 188 677
1915	5 907 649	4 631 146
1916	8 814 996	3 761 452
Jan. 1917	3 770 567	3 762 317
Weniger als 1914	3 766 194	4 75 360

Die Zahl der gewerblichen Lohnarbeiterinnen war ja in der Friedenszeit von Jahr zu Jahr gestiegen und diese stetige Zunahme hatte in manchen Kreisen und aus mancherlei Gründen Bedenken erregt; aber Schranken konnten dagegen, außer in Form eines weitergeführten gesetzlichen Arbeiterinnen-schutzes, nicht aufgestellt werden, denn die Gewerbefreiheit oder die Freiheit der Arbeit gilt auch für das weibliche Geschlecht. So machte die gewerbliche Frauenarbeit schon vor Kriegsausbruch ein reichliches Drittel der Lohnarbeiterschaft aus. Aber überraschenderweise ist ihre Zahl, nachdem sie nach Kriegsausbruch bedeutend zurückgegangen war, während der Kriegszeit nicht in dem befürchteten oder allgemein geglaubten Maße gestiegen. Nur Ende 1915 war die Zahl der Arbeiterinnen größer als am 1. Juli 1914, und zwar um 400 000. Bis Ende 1916 ist sie um rund 880 000 zurückgegangen, um aber schon im ersten Monat, Januar, 1917 eine neue Aufwärtsbewegung zu erfahren.

Zusätzlich hat aber doch die gewerbliche Frauenarbeit in der Kriegszeit eine bedeutende Vermehrung erfahren, und zwar infolge der Verschiebungen auf dem Gebiete der Frauenarbeit im allgemeinen. So ist sie in der Hauswirtschaft bedeutend zurückgegangen, ebenso im Gastwirts- und in sogenannten Luxus- oder Genußindustrieindustrien. Die hier entbehrlich gewordenen Arbeiterinnen haben sich neuen Arbeitsgebieten, so namentlich auch der Metall- und Maschinen- oder der gesamten eigentlichen Munitionsindustrie zugewandt. Der Arbeitsmarkt für weibliche häusliche Dienstboten ist demzufolge derart entleert, daß der Nachfrage nach den Aufgaben im Reichs-Arbeitsblatt anhand nur ein kleines ungenügendes Angebot von Stellenjüngern gegenübersteht. Der Dresdener Reaktionsär, der kürzlich zur Sicherheit der Herrschaft Dienstbücher mit den Photographien der Dienstmädchen forderte, konnte erleben, daß umgekehrt diese selten gewordenen Dienstboten Ausweisepapiere der Herrschaften mit ihren loblichen Bildnissen verlangten. „Burst wider Burst!“ soll der alte Sprich gesagt haben.

In der Metall- und Maschinenindustrie hat die Frauenarbeit bekanntlich eine bedeutende Vermehrung erfahren. Die Betriebskrankenkassen zählten vor dem Kriege etwa 60 000 weibliche Mitglieder, am 1. Januar 1917 aber waren es deren 203 077, dreieinhalbmal so viel und in der elektrischen Industrie arbeiteten 34 851 Arbeiterinnen neben 28 419 Arbeitern, so daß sie hier bereits die bedeutende Mehrheit der Gesamtzahl der Beschäftigten ausmachen, während sie in der Metall- und Maschinenindustrie nur ein Drittel der 632 371 männlichen Personen oder ein Viertel der gesamten Arbeiterschaft bilden. Dabei ist der weibliche Arbeitsmarkt für die Metall- und Maschinenindustrie nach wie vor überfüllt, so daß im Monat Dezember 1916 auf 100 offene Stellen 119, im Januar 1917 121 Arbeitjüngende kamen gegen nur 21 bis 45 und 23 bis 49 auf dem männlichen Arbeitsmarkt der Metall- und Maschinenindustrie. Im Januarbericht des Verbandes müßlicher Arbeitnehmende für Berlin und Brandenburg wird festgestellt, daß vom Berliner Zentralarbeitsnachweis viermal so viel Metallarbeiterinnen als im Januar 1916 und doppelt so viel wie im Dezember 1916 vermittelt wurden. Und trotzdem besteht das Ueberangebot von Arbeiterinnen weiter. In anderen Industrien liegen die Verhältnisse ähnlich.

Wahrscheinlich wird schon der Februarbericht der Krankenkassen die Mehrzahl der weiblichen Mitglieder ergeben, und zwar nicht allein wegen der stetigen weiteren Zunahme der Zahl der Arbeiterinnen, sondern auch infolge der

von Arbeitern. Die weibliche gewerbliche Arbeit gewinnt so im gesamten Wirtschaftsleben eine ungemein große Bedeutung, die auch die Einsicht, das Klassenbewußtsein und das soziale Pflichtgefühl der Arbeiterinnen gegen sich selbst, gegen die männliche Arbeiterschaft und zur gesamten Arbeiterklasse wecken und schärfen müssen.

Die Lehre und Anwendung davon können nur bestehen in dem Massenanschluß der Arbeiterinnen an die Arbeiterbewegung. Der Arbeiterinnen in der Metall- und Maschinenindustrie zunächst an den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Die proletarische Gemeinschaftsarbeit muß auch die Arbeiterin nach dem Grundsatz: „Einer für alle und alle für einen“ mitverrichten.

Die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ist von 11 774 428 am 1. Juli 1914 auf 7 532 884 oder um 4 241 544 anfangs 1917 zurückgegangen, um fast ein Drittel. Darin drückt sich der gewaltige Abbau des deutschen Wirtschaftslebens während der Kriegszeit aus. Welche Wiesenauflage und große Arbeit wird der Wiederaufbau, der neue Aufstieg nach dem Kriege sein! Möge sich der proletarische Staat bewußt werden, daß er es ist, der die Welt auf seinen Schultern trägt und dementsprechend sich auch die ihm gebührende Nachstellung schaffen.

Die Lehrlingsfrage

Es ist eine schlimme Zeit für die jungen Leute. Viele der Millionen Knaben und Mädchen, die im Frühjahr die Schule verlassen, werden nicht ihren Neigungen und Fähigkeiten folgen und den Beruf erlernen können, zu dem sie besondere Lust hätten. Es ist ja Tatsache, daß die jungen Leute und ihre Eltern sich nicht erst mit der Frage der Berufswahl beschäftigen, wenn der Augenblick des endgültigen Verlassens der Schule kommt, sondern diese Frage ist vielmehr in sehr vielen Fällen schon längst vorher entschieden. Konnte dabei schon in Friedenszeiten für die große Masse der proletarischen Jugend nicht von einer völlig freien Berufswahl die Rede sein, so der Mangel an geeigneter Gelegenheit, die Mittellosigkeit der Eltern usw., diese Freiheit sehr empfindlich beschränkt, so ist es in dieser Beziehung in der Kriegszeit noch viel ungünstiger geworden.

Es ist die Zahl der Betriebe bedeutend zurückgegangen und sie wird gerade gegenwärtig in Ausführung des Hilfsdienstgesetzes noch mehr vermindert und damit auch die Zahl der Lehrstellen. Sodann sind viele aufrechterhaltene, aber gründlich veränderte Betriebe, die namentlich ausschließlich oder überwiegend für den Heeresbedarf arbeiten, mehr oder weniger ungeeignet geworden für die Ausbildung von Lehrlingen. Dabei spielt die bedeutende Verschiebung in der Zusammensetzung der Arbeiterschaft auch hier mit. Mit der Masse der männlichen Personen im jüngsten und besten Lebensalter sind auch die gelehrten Berufsarbeiter für den Heeres- und Kriegsdienst mit aus den Betrieben herausgeholt worden und was zurückblieb, war die kleine Zahl alter oder gänzlich militäruntauglicher Arbeiter, zu denen auch die älteren Lehrlinge kommen, sowie die jungen Lehrlinge, die während der Kriegszeit nachgezogen sind. Aber von den ausgebildeten jungen Arbeitern und von den verbliebenen Lehrlingen sind mit den Kriegsjahren ebenfalls viele der Betriebe entzogen und dadurch die Zahl der gelehrten Arbeiter weiter vermindert worden. Die vielen leergebliebenen Plätze der eingezogenen gelehrten und angelehnten Arbeiter wurden durch neue Schichten ungelehrter oder gelehrter Arbeiter aus anderen Berufen, in der Hauptsache aber durch berufswahrende ungelehrte Arbeiterinnen ersetzt. So ist auch die neue Zusammensetzung der Arbeiterschaft ein für die Lehrlingsfrage und Ausbildung sehr ungünstiger Umstand.

Das Hilfsdienstgesetz ist ebenfalls ein Hindernis für das Lehrlingswesen, denn nach ihm können auch die Lehrlinge aus den Gewerbetrieben geholt und somit das bestehende Lehrverhältnis gelöst werden. Die Rechtsabteilung des Kriegsministeriums hat darüber bekanntlich eine Bekanntmachung erlassen, die in Nr. 7 der Metallarbeiter-Zeitung enthalten ist.

Vor dem Lehrverhältnis ist schon vor Erlaß des Hilfsdienstgesetzes nicht Halt gemacht worden, wenn die Heeresbehörde die jungen Leute holen wollte; unter der Herrschaft des Hilfsdienstgesetzes ist das noch weniger der Fall und die Auslösung des Lehrverhältnisses in zahlreichen Fällen wird die Folge davon sein.

Das Hilfsdienstgesetz möchte auch Forderungen bringen, um den Fortbildungsausschüssen der Lehrlinge mehr einzuschränken oder bis auf weiteres ganz aufzuheben. Diese Forderungen sind gewerkschaftlich und für Handwerkerkreise selbstmörderisch. Die Lehrlinge haben auffallenderweise auch die Unterstützung der Berliner Handwerkskammer gefunden, nachdem sie sich früher dazu ablehnend verhalten hatte. In letzter Zeit hätten sich aber infolge der umfangreichen Eingehungen von Gesellen und Lehrlingen zum Heeresdienst die Betriebsverhältnisse in Handwerk und Gewerbe immer schwieriger gestaltet, und es sei anzunehmen, daß je bei der jetzigen Durchführung des vaterländischen Hilfsdienstes noch schwerer werden dürften. Diese Umstände hätten den Vorstand der Handwerkskammer zu Berlin zu einer anderen Stellung in der Frage der Fortbildungsausschüsse veranlaßt, da die Lehrlinge heute so notwendig für die Werkstätten seien, daß sie nicht ersetzt werden können. Auch alle anderen Lehrlinge seien einbezogen worden, wie die vielen Folgeerscheinungen zeigen. Der Vorstand der Handwerkskammer habe deshalb beschlossen, daß die zuständige Stelle in einer Eingabe gebeten werde, zu erwägen, ob für die Zeit der Geltung des vaterländischen Hilfsdienstes wenn auch nicht eine völlige Aufhebung des Fortbildungsausschusses, so doch möglichst weitgehende Einschränkungen in der Verbringung von Schülern ins Werkstätten sein könnten.

In unserer Gewerkschaftszeit wird dagegen Einspruch erhoben und wir können uns diesem Einspruch an. „Wir müssen auch wir vor ganz entschiedener Front dagegen einlegen, daß die Bildungsmöglichkeit unserer jungen heranwachsenden Nachwuchs eingeschmälert wird. Der Krieg hat in dieser Beziehung schon soviel Schaden getan, was ungenügend und man sollte ihn durch Einstellung des Heeresdienstes der Jungen nicht noch vergrößern. Aber auch von Staatsmacht des Handwerks selbst, dessen Vertreter und Führer die Forderungen des Krieges hat so viel und verabschiedet Arbeiterschaft vernichtet, so daß an den Nachwuchs nach dem Kriege ganz geschädigte Aufzuchtungen gestellt werden. Wie soll er aber diese Aufzuchtungen erfüllen, wenn ihm die hierzu erforderlichen Bildungsmöglichkeiten verweigert werden. Vor allem leidet es aber das Interesse unserer jungen Kollegen selbst, sowohl gegen die Verdrängung wie gegen die Aufhebung der Fortbildungsausschüsse Protest einzulegen, deren politischer Zusammenhang bekanntlich nur geringfügig werden kann. Und daraus heißt es, daß der Verdrängung der Jungen nicht entgegenzuwirken.“

Auf der gleichen wichtigen Stufe wie diese langwierigen Forderungen des Handwerkskreises stehen die von Industriellen, die sich gegen planmäßige Lehrlingsausbildung richten und jagen die Arbeiter statt Lehrlinge haben wollen. Die Zielsetzung dieser Forderungen ist der durch keinerlei Erwachen gekennzeichnet, gegen den sich schon immerzu der Arbeiter als Schutzwand des Heeresdienstes im Kampfe mit der Entlassung gemacht hat, daß die Dividende nicht das höchste sei.

Die Verdrängung der gewerblichen und technischen Berufsleute mußte sich in der letzten Friedenszeit am stärksten

Wirtschaftsleben schmerzlich rächen. Der Krieg vernichtet so viele tüchtige Kräfte, so viele gelehrte Arbeiter und Berufsmenschen, daß dieser in seinem Werte unermessliche Verlust geradezu eine innere Auslöschung, eine Untergrabung der ganzen Volkswirtschaft bedeutet. Gewiß werden von dieser schweren Schädigung in gleichem Maße alle kriegführenden Länder betroffen, aber nicht die Neutralen und besonders nicht die industrialisierte Großmacht Amerika, die nach dem Kriege mit ihrem Uebergewicht den ganzen Weltmarkt beherrschen wird. Der seit langem schon durch den Krieg verursachte empfindliche Mangel an gelehrten Arbeitern bedroht sich auch in den allseitigen eifrigsten Bemühungen der Industrie der Kriegführenden, in den neutralen Ländern gegen Angebot günstiger Arbeits- und Lohnbedingungen möglichst viele Berufsarbeiter gewinnen zu können.

So verhilft sich mit dem Schicksal der schulpflichtigen Jugend sehr enge auch das Schicksal und die Zukunft unseres Wirtschaftslebens, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit, die zukünftige Stellung der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt.

Deutschland erkennbar ist schon heute die Notwendigkeit, in der kommenden Friedenszeit zahlreiche öffentliche gewerbliche Berufsschulen und Lehrwerkstätten zu errichten, um immer mehr tüchtige Berufsarbeiter zu erhalten und auch dadurch die vernichtete Kultur wieder, und zwar auf neuer und breiterer Grundlage aufzubauen. Nicht Raubbau, sondern Aufschwung der menschlichen Arbeitskraft, der großen Masse des lohnarbeitenden Volkes, soll die neue Zeit des Friedens und der Kultur bringen. „Ein Staat, der nicht auf irgendeine Weise dafür sorgt, daß die heranwachsende Generation eine Fachbildung erhält, wird vielleicht in Zukunft in die gleiche Verdrängung geraten wie ein Staat, der hölzerne Kriegsschiffe mit Vorderladerkanonen in den Kampf gepanzerte Linienschiffe mit Schmelzabgeschliffen schickt.“ So sagt der Charlottenburger Professor Kammerer und er schließt mit der weiteren Prophezeiung, „daß die industrielle Zukunft nicht dem Staat mit der größten Einwohnerzahl, sondern dem Staat mit der intelligentesten, tüchtigsten und bestausgebildeten Bevölkerung gehören wird.“

Konferenz der Vertreter der Verbände

In den Tagen vom 11. bis 22. März fand in Berlin eine Konferenz der Verbandsvorstände statt, die sich mit folgender Tagesordnung zu beschäftigen hatte:

1. Geschäfts- und Klassenbericht der Generalkommission.
2. Die Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft.
3. Die Organisation der Kriegsteilnehmer.
4. Der nächste Gewerkschaftskongress.
5. Verschiedenes.

Der gedruckte vorliegende Geschäfts- und Klassenbericht der Generalkommission wurde durch eine Reihe mündlicher Ausführungen von Legien, Bauer, Stube und Schmidt ergänzt. Legien berichtete über die Gewerkschaftseingaben zur Ernährungsfrage und die anschließenden Verhandlungen mit dem Kriegs- ernährungsamt, Kriegsamt und dem preussischen Staatskommissar für Ernährungsfragen, über die Eingabe betreffend Arbeiterforderungen bei Monopolisierung von Wirtschaftszweigen, über das Zusammenwirken mit der Gewerkschaft für soziale Reform bei Vorbereitungarbeiten für eine gesetzliche Neuregelung des Koalitionsrechts, über die Streikstatistik für 1915 und über die seitens der Generalkommission gemachten Forderungen für ihre Angehörten. Bauer's Bericht erstreckte sich auf alle neueren Arbeiten für die Ausführung des Hilfsdienstgesetzes, bei denen in zahlreichen Fällen die Interessen der Arbeiter mit jeder Energie verteidigt werden mußten, sowie auf die Lehrlingsfrage. Robert Schmidt machte Mitteilungen über den Stand und die Ausführten der Ernährungsverhältnisse, während Stube den Klassenbericht eingehend erläuterte und daran anschließend die Regelung der Beiträge an die Generalkommission berührte.

Auf allgemeinen Wunsch gab der gewerkschaftliche Vertreter im Kriegsamt, Schlichte, eine Darstellung über sein Werk in diesem neuen Arbeitskreis und über die Möglichkeit, das Interesse der Arbeiterschaft wahrzunehmen. Es sei manchmal recht schwierig, mit den vielen Reports im Kriegsamt über einzelne Fragen ins Auge zu kommen, noch schwieriger aber, das Ergebnis vor den Angehörigen anderer Regimentsstellen zu bewahren, da das Kriegsamt nur in den wenigsten Fällen seine Entscheidungen endgültig treffen konnte.

Die Debatte über diese Berichte nahm einen vollen Tag in Anspruch. Sie erstreckte sich auf die Ernährungsfrage und das Aufheben des preussischen Landwirtschaftsministeriums, das allseitig eingehende Zurückweisung fand, auf die Frauenverwerbsarbeit und Anstellung von Jahrgangsgewinnern, die sowohl Verteidiger als auch scharfe Gegner fand, auf die mit der Durchführung des Hilfsdienstes bisher gemachten Erfahrungen und auf das Zusammenwirken der Generalkommission mit sozialpolitischen und Fürsorgeorganisationen, sowie den Erwerb der Mitgliedschaft der Gewerkschaften in solchen Organisationen.

Dem Antrag Stube wurde einstimmig Entschuldig erteilt. Zur Ernährungsfrage wurde folgender Beschluß gefaßt: „Die Vertreter der Gewerkschaften erklären, daß die von dem preussischen Landwirtschaftsminister in den Sitzungen des preussischen Landtags vom 7., 8. und 15. März 1917 gegen die Eingaben der Gewerkschaften erhobene Angriffe die Verdrängung ihrer Forderungen in der Ernährungsfrage nicht erschüttern können. Am allerwenigsten können sie sich zu der Auffassung bekehren, daß die einstimmige Politik des Landwirtschaftsministers zugunsten der Produzenten den Interessen der Verbraucher entspricht.“

Die Gewerkschaftsvorstände hatten ihre Beschwerden und Forderungen mit Entschiedenheit aufrecht und erhoben nochmals ihre nachdrückliche Stimme. Die Arbeiterschaft muß von den verantwortlichen Stellen im Reiches möglichst durchgreifende und schnelle Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittellieferung dringend verlangen.“ Sodann wurde den Forderungen für die Angehörten der Generalkommission, mit Ausnahme der Rindergewerkschaft, die Zustimmung erteilt. Auf Antrag wurde festgestellt, daß die Gewerkschaftsangehörten und Arbeitersekretäre der Reiches für den vaterländischen Hilfsdienst unterliegen. Es soll bei der Fortbildungsausschüssen auf die Anerkennung der Gewerkschaften als kriegswichtige Organisationen hingewirkt werden.

Zur Frage der Uebergangswirtschaft wurden der Regierung Forderungen der Gewerkschaften unterbreitet, die von der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission ausgefertigt und mit einigen Ergänzungen auch von den übrigen Gewerkschaften und Angehörigenorganisationen angenommen worden sind. Sie sollen eine eingehende schriftliche Begründung ergäuzt und dem Reichsamt für Uebergangswirtschaft sowie dem Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe eingereicht werden. Robert Schmidt erläuterte die Forderungen durch ein Referat. Er wies einleitend darauf hin, daß die Gewerkschaftsvorstände sich schon seit dem Oktober 1915 mit den Fragen der Uebergangswirtschaft befaßt haben, die Aufstellung der vorliegenden Forderungen geschah im Auftrag der Konferenz vom November 1916. Ihre Erörterung drängt infolge der zunehmenden im Ausmaß für Handel und Gewerbe begonnenen Ueberwindung der Arbeiterfragen für den Bereich der Uebergangswirtschaft. Die Forderungen stellen sich in solche allgemein wirtschaftlicher und organisatorischer Natur (Arbeitsverteilung im Bereich des Reichsministeriums, Regelung der Ein- und Ausfuhr, Verlegung über den Schiffsverkehr, Eisenbahn und Dampfschiffahrtswesen, Forderung der Gewerkschaften, Ermäßigung von Wirtschaftskontrollen und Aufsicht über die Gewerkschaften), weiter solche, die Lebensmittellieferung betreffen, dann Forderungen der Arbeiterschaft, welche bezüglich der Ueberführung der Kriegsteilnehmer und Hilfsdienstleistenden Forderungen hinsichtlich der Regelung der

Arbeitsverhältnisse, des Arbeiterlohnes und der Arbeiterversicherung, besondere Hilfeleistungen für Kriegsteilnehmer und deren Angehörige und schließlich Forderungen auf dem Gebiete der Wohnungsfrage. Da die Forderungen in Kürze bekanntzugeben werden, so müßten einige Darlegungen über ihre Stellungnahme zu der eigentlichen Demobilisation des Heeres genügen. Von einflussreichen Seiten ist verschiedentlich verlangt worden, die Entlassung der Kriegsteilnehmer den jeweiligen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes anzupassen. Der Minister widersprach dieser Meinung. Kein Heeresangehöriger würde es billigen, auch nur einen einzigen Tag länger, als militärische Bedürfnisse dies erfordern, im Heeresdienst zurückgelassen und von Heimat und Familie getrennt zu werden. Gewiß können Millionenheere nicht binnen wenigen Tagen aufgelöst werden. Auch sei auf das Wirtschaftsleben infolge Rücktritt zu nehmen, daß die für die Wiederaufnahme der Betriebe unentbehrlichen Arbeitskräfte möglichst frühzeitig zu entlassen seien. Im übrigen müßte aber jede Verzögerung der Entlassung vermieden werden. Die Rücktrittnahme auf Arbeitsmangel dürfe kein Grund sein, die Kriegsteilnehmer länger als militärisch notwendig im Dienste zu behalten. Wenn Arbeit nicht nachgemessen werden könne, dem müsse die Arbeitslosenunterstützung zuteil werden. Das letztere gelte auch für die entlassenen Hilfsdienstleistenden und die übrigen infolge der Uebergangswirtschaft beschäftigungslos werdenden Arbeiter und Angestellten. Im weiteren sollen die durch das Hilfsdienstgesetz geschaffenen Uebergangswirtschaftlichen und Schlichtungsstellen in geeigneter Form in die Uebergangswirtschaft übernommen und geeignete Arbeitervertretungen (Kammern) geschaffen werden.

Die vorgelegten Forderungen wurden im einzelnen erörtert und einige redaktionelle Änderungen und Ergänzungen beschlossen, wonach die ganze Vorlage einstimmig zur Annahme gelangte.

Hinsichtlich der Organisation der Kriegsteilnehmer, mit der sich bereits eine Vorstandskonferenz im November 1916 befaßt hatte, blieb ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung in der Widerheit. Die Konferenz beschloß, diese Frage vorläufig zurückzustellen, und zwar solange, bis wirklich ernsthaft Organisationsbestrebungen der Kriegsteilnehmer eine erneute Stellungnahme notwendig machen. Doch soll den besonders von Eisen ausgehenden Versuchen, die Kriegsbeschädigten zu vereinen und sogar in Zentralverbänden zusammenzuführen, mit allem Nachdruck entgegengetreten werden.

Da im Jahre 1917 nach dem Regulaativ der Generalkommission ein Gewerkschaftskongress einberufen wäre, unterbreitete die Generalkommission die Entscheidung darüber der Konferenz der Vorstände. Dieselbe war indes in ihrer großen Mehrheit für eine Vertagung des Kongresses bis nach dem Kriege. Es wurden für diesen Beschluß die gleichen Gründe geltend gemacht, die für eine Vertagung der Verbandstage maßgebend waren.

An ihrer Stelle wurden einige geschäftliche Fragen erledigt. Der Beitritt zur Gewerkschaft für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wurde der Generalkommission und den einzelnen Gewerkschaften empfohlen. Die Entziehung über den Beitritt zum Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur soll noch zurückgestellt werden. Der Bericht des Vertreters der Generalkommission im Deutschen Wohnungsausschuß wurde entgegengenommen.

Zum Verbandstag

Mit Wangen nimmt man tagtäglich Kenntnis von der Scheinbarkeit nicht mehr aufzuhaltenden Zerfallung innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Liegt man die Grundgedanken der sich bekämpfenden Richtungen, so haben sie alle recht, alle glauben sich im Rahmen des Parteistatus zu bewegen. Und die bürgerliche Presse? Sie gibt sich die redlichste Mühe, das gedruckte Wort noch weiter auszumalen, siegesgewiß, damit uns am meisten zu schaden. Es kam nun für uns als Gewerkschaftler als solche nicht unsere Aufgabe sein, festzustellen, wer sich da im Recht befindet. Leider aber macht sich immer und immer wieder bemerkbar, sei es in der Werkstatt, sei es in Sitzungen oder Versammlung: das Uebergreifen der Zuständigkeiten auf die Gewerkschaft, auf den Verband. Einige über-eifrige Kollegen hatten dies für unerlässlich. Der Krieg mit all seinen Wirrnissen und Orient hat manchen unserer Kollegen verärgert. Und doch lehrt uns der Krieg, unsere Fassung erst recht zu bewahren. Der Krieg hat die Macht der Unternehmer gestärkt, sie stehen uns gewappnet gegenüber. Einigkeit macht stark, sagen sie sich. Aber ist dies nicht auch für uns jetzt dringender als je vorhin? Wie wird uns das kapitalträchtige Unternehmertum beim Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft gegenüberstehen, wie wird die Wirtschaftslage sein? Wir haben wohl Mutmaßungen, aber wie es kommen wird, wissen wir nicht. Das mögen die Kollegen beherzigen. Also, welches Interesse liegt vor, die unerquicklichen Zustände wie in der Partei schließlich auch noch in der Gewerkschaft zu sehen? Durch Einzug tausender Kollegen zum Heeresdienst, durch Verhältnisse, die der Krieg mit sich brachte, durch laue Kollegen, die eingezogen, dann reaktiviert wurden (es ist dies eine ganz erhebliche Anzahl), die dann glaubten, von allem entbunden zu sein, durch alles dies erfolgte ein Rückschlag für unsere Organisation. Ich hätte es begrüßt, wenn der Hauptvorstand bei der diesjährigen Generalversammlung eine Erhöhung der Beiträge für alle männlichen volljährigen Mitglieder von 70 auf 80 Pf. ins Auge gefaßt hätte. Denn angesichts aller Lausachen kann es für uns nur das Eine geben: uns finanziell zu stärken, fortlaufend den Ausbau unseres Verbandes zu fördern. Darum, Kollegen, fort mit allen schädigenden Meinungsverschiedenheiten aus dem Verband. Ueberwindet unsere Organisation die schwere Zeit, dann bleibt uns unsere zurzeit einzige Stütze erhalten.

H. O. L. S. T. A. H. L. B. E. R. G.

Wenn ich zu der bevorstehenden Generalversammlung das Wort nehme, so nur, um eine Klärung über den Begriff der politischen Tätigkeit innerhalb des Verbandes herbeizuführen. Wie ist es denn jetzt bei uns? Immer und immer wieder hört man Mahnungen an die Kollegen, um Himmels willen nicht die Politik in den Verband zu tragen, und was sieht man dabei tagtäglich an den Führern der Gewerkschaftsbewegung? Zum größten Teil stehen sie in der ersten Reihe der politischen Bewegung und nicht immer legen sie sich hierbei die nötige Reserve auf. Da wird man einwenden, es sei dies eine Privatangelegenheit der Betroffenen. Wie grund-falsch dies ist, beweist am besten, daß von Andersdenkenden die Taten und Reden der politisierenden Gewerkschaftsangehörten stets den Gewerkschaften angehängt werden. Daher ist es für mich erklärlich, daß immer wieder Unstimmigkeiten in den Verbänden entstehen, es gibt eben eine Anzahl Kollegen, und es sind ihrer nicht wenige, die nicht einsehen, warum sie als Gewerkschaftler die politische Betätigung der Gewerkschaftsführer vergrößern sollen, wenn die politische Betätigung nur Privatangelegenheit der Betroffenen ist. Also: Das radikalste Mittel, politischen Streit aus dem Verband fernzuhalten, ist: alle Verbandstage halten sich nach Möglichkeit vom öffentlichen politischen Leben fern. Aber nur wenn dies durchgeführt wird, kann von den Mitgliedern verlangt werden, alle Politik vom Verband fernzuhalten. Es ist nun die Frage, ob dieser Zustand erträglich ist, und da eigne ich mir voll und ganz an, was der Kollege W. (Göppingen) in Nr. 10 ausführt: „Uebrigens kommt eine große Organisation ohne Politik gar nicht aus.“ Es gibt nämlich überhaupt keine Grenze zwischen Politik und Gewerkschaft. Wollte man eine festsetzen, so wäre es nur eine künstliche, die sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten läßt. Denn die politische Betätigung kann nichts bedeutendes leisten allein auf unpolitische Weise. Immer wieder ist es auf die Gesetzgebung und damit auf die Politik angewiesen. Dies haben auch die durch- und durch Gewerkschaften eingesehen und sich frühzeitig in dem fortschrittlichen Abgeordneten Reichstag einen parlamentarischen Vertreter angeeignet. Und wird mancher sagen: Das soll dies eigentlich, erst wird beurteilt, daß sich die Gewerkschaftsführer politisch betätigen und dann wird erklärt, daß ohne Politik nichts zu erreichen ist. Die Lösung dieses Widerspruchs ist aber einfach die, daß die Politik des Verbandes nicht nur von oben

Rundschau

Reichstag.

Ein weitgeschichtliches Ereignis von überragender Wichtigkeit beherrschte zurzeit die politische Erörterung in allen Ländern, zwingt alle Regierungen, alle Parlamente, alle Parteien in den Bann seiner Bedeutung: Der Niederbruch des Zarismus in Rußland. Diese bescheidene Feststellung einer unumkehrbaren und unabänderlichen Tatsache ist wohl zunächst die richtige Bezeichnung für die Vorgänge in unserem Nachbarreiche, während jede darüber hinausgreifende Benennung wie „Errichtung der russischen Republik“, „Einführung der Demokratie in Rußland“ und wie sie sonst noch heißen möge, schon den unsicheren Boden der bloßen Vermutung betritt. Niemand weiß bis jetzt genau, wie sich die umwälzenden Ereignisse eigentlich abgespielt haben, niemand kann sagen, wie sich die Dinge weiter gestalten werden. Das sensationellste Zeitungswort bezeichnen, steht zu häufig in grellem Widerspruch zueinander, als daß man darauf ein gebundenes Urteil bauen könnte. Nur soviel ist wohl jetzt schon gegen Zweifel und gegen spätere bessere Belehrung gesichert: Der Zarismus ist infolge der militärischen Niederlagen an den Grenzen und infolge der Unfähigkeit, die materiellen und politischen Bedürfnisse der Bevölkerung im Innern zu befriedigen, zusammengebrochen. An seine Stelle hat sich die Mehrheit der Volksvertretung als Inbegriff der Volksmacht und aus ihrer Mitte ein Gebilde geschaffen, das halb Ministerium, halb Vollziehungsausschuss ist; Heer und Flotte, haben sich mindestens zu einem entscheidenden Teil, wenn nicht ganz, der umwälzenden Bewegung angeschlossen; nach mehreren, aber ausnahmslos gescheiterten Versuchen, die monarchische Regierungsform mit einem Mitglied der Familie Romanow aufrecht zu erhalten, hat man sich zur Erklärung der Republik entschlossen. Während der regierende Ausschuss, mit Bürgerlichen Politikern vom Schlage der Miljutow oder Rodzianko an der Spitze, in seiner Mehrheit kapitalistisch-imperialistisch gesinnt ist, also an der Kriegspolitik des Zaren nicht nur festhält, sondern darüber hinaus einen vollständigen Weltkrieg Rußlands gegen Deutschland zu Ruß und Fremden einer Festigung der Bourgeoischicht im eigenen Lande entfesseln will, hat die Arbeiterschaft, die stark unter dem Einfluß der verschiedenen sozialistischen Strömungen steht, in führender Schwingung dem regierenden Ausschuss einen Überwachungs-ausschuss an die Seite gesetzt. Dieser Überwachungs-ausschuss gewinnt durch sein Programm eines sofortigen Friedensschlusses nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch im Heere offenbar täglich mehr Anhang und ist deshalb bisher schon in der Lage gewesen, die Kriegslust des Miljutows bedeutend zu zügeln. Das Bemühen der Vertreter Englands und Frankreichs in Petersburg, Rußland bei der Sache der Entente zu halten, konnte unter diesen Umständen keinen vollen Erfolg haben, obwohl die leitenden Männer des russischen Bürgertums mit den Engländern und Franzosen, die ihnen den Vogen der Anerkennung für eine veränderte Regierungsform schon vor dem Sturz des Zaren erteilt hatten, vorläufig noch ein Herz und eine Seele sind.

Weil somit in Rußland noch alles durcheinanderquillt, weil noch ungewiß ist, ob mit Hilfe der Generalität der Krieges die bürgerliche Vollziehungsausschuss das Heft in der Hand behalten werde oder ob gar eine Gegenbewegung zugunsten der früheren Herrscher und ihres Anhangs einsehen wird, bemühte sich die Presse und Diplomatie der sogenannten neutralen Presse — die Kriegslust der Arbeiterschaft in Rußland auch unter den Arbeitern durch die Behauptung zu schüren, die Machthaber Deutschlands seien darauf aus, durch neue kräftige Schläge die Zweifelsbesetzung in Rußland niederzujagen, um den Zaren mit seiner verrottenen Sippschaft von Volksausbeutern und Volksbedrückern wieder zur Herrschaft zu bringen. Oft von uns getadelte Fehler deutscher Verwaltungsbehörden aus früheren Zeiten und wohl auch die überleitete Haltung der deutschen auswärtigen Politik liegen eine solche Behauptung untrüglichen Leuten immerhin nicht ganz unwahrscheinlich klingen. Man glaubt ja nicht nur, was man wünscht, sondern leicht auch das, was man fürchtet. Die Gefahr, daß auf diese Weise die Kriegslust der Arbeiterschaft in Rußland noch einmal zu jähen Aufstößen angefaßt werden könne, hat der Reichstagsler durch seine Rede bei der dritten Beratung des Nototats am 29. März im Reichstags tage hoffentlich gründlich zerstreut. Er legte darin dar, daß die deutsche Regierung und die Heeresleitung nicht daran dächten, das schwächliche Regiment des russischen Zaren zu unterstützen; man sei vielmehr in Deutschland fest entschlossen, Rußland seine inneren Angelegenheiten selbst ordnen zu lassen und hege, im Bewußtsein, daß wir ja später wieder in guten Beziehungen zu dem mächtigen Nachbarvolke leben müssen, nur den dringenden Wunsch, daß uns ein baldiger und für beide Nationen ehrenvoller Frieden mit ihm beschicken sei. Zur Verhütung eines solchen Friedens wird vielleicht auch der Umstand beitragen können, daß, wie der Kanzler weiter bemerkte, schon die Rüstungsverhältnisse auf der Ostfront zurzeit einen Angriff auf die russischen Stellungen unzulässig erscheinen lassen. Diese Erklärungen sind deutlich und haben hoffentlich die entsprechende Wirkung in Rußland.

Nur mehr als einem Grunde ist eine Verlängerung des Krieges durch Rußland unwahrscheinlich. Die neue Regierung, wie immer sie zusammengesetzt sein möge, wird weder den Hunger, noch die Kälte bannen können, wird nicht über mehr, sondern vielleicht über weniger Munition und andere Kriegsmittel verfügen, als die geistigste Regierung; das Heer ist von der Friedenssehnsucht gepackt und sicherlich der Überzeugung, daß sich der Angriff gegen die deutsche Front im Vorderfeld am Militärisch leichter machen läßt, als auf dem Schlachtfeld; und endlich das Entscheidende: Die bisherigen militärischen Niederlagen konnten Rußland zwar bis in die Tiefen hinein erschüttern, aber nicht dauernd lähmen, so daß ein Friedensschluß auch ohne militärischen Sieg keine vernichtenden Folgen für das Land nach sich ziehen kann. Das ist ja eben der große Unterschied zwischen Rußland und Deutschland, den man bei der Erörterung der Friedens- und Kriegsfragen nie aus dem Auge verlieren darf: Wenn auch das russische Heer geschlagen ist, dann kehren seine mit dem Leben davon gekommenen Angehörigen wieder in ihre Heimat zurück und sind wieder, was sie vorher waren, nämlich Bauern. Das Land hat ihnen inzwischen keine davongetragen, die Scholle, wenn auch vorübergehend vernachlässigt, bringt bald wieder reiche Frucht, das Leben kehrt in seine gewohnten Gleise zurück, höchstens erinnert ein vermehrter Steuerdruck nach einiger Zeit noch an den Krieg. Ganz anders in Deutschland. Unser Heer besteht überwiegend aus Industriearbeitern. Wenn wir geschlagen werden und unsere Feinde ihre Pläne verwirklichen können, dann dauert der Krieg auch über den Frieden hinaus; die Märkte, auf denen wir den Ertrag unserer Arbeit unterbringen müssen, um Leben zu können, sind während des Krieges eine leichte Beute fremder Wettbewerber geworden und werden uns durch allerhand Mittel auch fernerhin versperrt; mangelnde Ausfuhr bedeutet verringerte Einfuhr, bedeutet Herabsetzung des Lebensstandes und Verdrängung der Entbehrungen, unter denen wir heute zu leiden haben. Wir müssen Waren ausführen oder Menschen. Ein Drittes gibt es für uns nicht. Kommen wir aber zu einem Frieden mit Rußland, dann ist der Krieg zu Ende, denn unsere anderen Feinde sind allein nicht stark genug, uns niederzurufen. Dieser Frieden mit

Rußland angebahnt zu haben, ist die große Bedeutung des Nebe des Reichstagslers. Freilich bewegt uns nicht nur die Sorge um die auswärtigen, sondern auch um die inneren Dinge. Wir haben uns darüber in unserem letzten Berichte ausgesprochen. Genießt man manches, was doch kommen muß, schneller zu erreichen, wenn die zur Reform entschlossene und auf diese Reform unbedingt festgelegte Regierung mehr Dampf dahinter machen würde. Aber auch hier treiben Ereignisse wie die Hinzuwurzeln in Rußland die Dinge weiter und schneller vorwärts. Wir haben das erfreuliche Ergebnis zu verzeichnen, daß sich zum ersten Male bei dieser Reform im Reichstag eine geschlossene Linie — von der Sozialdemokratie bis zu den Nationalliberalen — für die dringendsten Reformen, und zwar für schnelle Veränderungen, entgegengesetzt hat. Dieses wichtige Ergebnis der Erörterungen kann kein Staatsmann vernachlässigen. Die nächsten Monate werden es lehren.

Aus den Hilfsdienstanschlüssen.
18 Werkzeugmacher der Firma D. L. W., die einen Stundenlohn von 1,40 bis 1,70 M. haben, hatten 20 S. Erhöhung verbietet. Die Firma hatte 10 S. gleich und nach acht Wochen weitere 10 S. bewilligt. Damit waren die Arbeiter nicht einverstanden und riefen den Kriegsausschuss als Schlichtungsstelle an. Der Kriegsausschuss macht den Parteien den Vorschlag, die zweite Steigerung von 10 S. bereits am 5. April eintreten zu lassen, womit sich die Parteien einverstanden erklärten.

13 Elektromonteur und Maschinenarbeiter der Firma J. B. V. G. für Untergrundbahn haben einen Stundenlohn von 1,5 M. Der Firma wird erklärt, daß dieser Lohnsatz den heutigen Verhältnissen nicht entspricht. Der Kriegsausschuss entscheidet, daß die Arbeiter 1,20 M. und im Weigerungsfalle den Kriegsausschuss zu erhalten haben.

73 Formner der Firma L. U. & Co., Guttenstraße, die einen Durchschnittslohn von 1,69 M. die Stunde hatten, fordern 20 S. Zulage. Die Firma erklärt, weitere Zulagen nicht zu gewähren, ist aber bereit, allen Formnern den Abbleherschein auszustellen. Damit wird die Angelegenheit als erledigt angesehen.
Eine besondere Sache war die Angelegenheit des Einrichters A. in einem Werk der U. G. O. Der Einrichter hatte vor einiger Zeit den Auftrag bekommen, Frauen zum Einrichten von Werkzeugmaschinen anzulernen. Der Einrichter war hierzu auch bereit, doch verlangte er für die größere Verantwortung, die er durch diese neue Aufgabe zu tragen hätte, eine Lohnerhöhung. Diese wurde ihm von seinem Vorgesetzten abgelehnt. Hierüber muß es wohl eine kleine Auseinandersetzung gegeben haben, in deren Verlauf dem Einrichter die Entlassung angeboten wurde. Als der Einrichter nicht die angebotene Entlassung annahm und seinen Abbleherschein wollte, wurde ihm der Abbleherschein verweigert. Bei den Verhandlungen hierüber vor dem Kriegsausschuss behauptete der Vertreter der Firma, daß ihm mitgeteilt wäre, es hätten die männlichen Metallarbeiter beschloßen, keine Frauen anzulernen. Deshalb weigert sich die Firma, dem Einrichter einen Abbleherschein zu geben. Zugleich beschloßen die männlichen Arbeiter, daß ein solcher Beschluß wirklich besteht, konnte der Vertreter der Firma nicht bringen. Der Einrichter bestreitet auch ganz entschieden, daß ein solcher Beschluß besteht. Da im übrigen die Erklärung des Einrichters vom Vertreter der Firma nicht bestritten wurde, beschloß der Kriegsausschuss, daß dem Einrichter der Abbleherschein ausgestellt wird.
(Nach dem Vorwärts, Nr. 75 vom 17. März.)

Bremerhaven, 1. und 15. März.
Der Meister B. von der Firma A. in B. verlangt den Abbleherschein, weil er als Vorhalter beschäftigt wird. Er hat früher als Schürmeister gearbeitet und wünscht wieder eine Kolonne. Auf eine Frage eines Beisitzers, ob ihm der Lohn zu niedrig sei, erklärt er, daß er gut verdiene, er könne es aber mit seiner Ehre nicht vereinbaren, als Vorhalter zu arbeiten, während er schon eine Kolonne gehabt hat. Auf Zureden des Ausschusses schloßen die Parteien folgenden Vergleich: B. soll als Meister beschäftigt werden und sobald sich Gelegenheit bietet, den Posten als Schürmeister erhalten.
Eine Beschwerde des Elektrikers S. gegen die Firma H. D. L. in B. beschäftigt den Ausschuss in zwei Sitzungen. S., der erst vier Tage bei der Firma gearbeitet hat und mit einem Stundenlohn von 50 S. eingestellt wurde, will den Abbleherschein, weil er wieder zu seinem früheren Unternehmen zurück kann, wo er mehr verdient. Bei seinem Vorkommnis beim Betriebsleiter wurde ihm eine 10-jährige Zulage von 5 S. zugesichert. Trotzdem verlangt er den Abbleherschein und behauptet, krank zu sein und im neuen Betriebe eine seinem körperlichen Zustand erträglichere Arbeit zu erhalten. Es wird Beratung und Entschloßung eines ärztlichen Gutachtens und einer Auskunft bei dem neuen Arbeitgeber beschloßen, ob sich die Angaben des Klägers so verhalten. Beide Auskünfte lauten für ihn ungünstig und der Ausschuss mußte die Ausstellung des Abbleherschein verweigern.

Solingen, 14. März.
Daß ein Teil der Metallindustriellen ein Abkommen getroffen hat, nach dem sie es ablehnen, den Arbeitern zu beschuldigen, was sie bei ihnen verdienen werden, beweist folgender Fall. Der Arbeiter Heinrich A. arbeitet auf der Carbonitfabrik in Solingen, wo er in einem kleinen Betrieb der Frau eine große Familie (Frau und zehn Kinder) hat, ist es verständlich, wenn er es vorzieht, an seinem Wohnort zu arbeiten. Die Miltheimer Firma L. hat ihn in Arbeit treten will, die Arbeiter aber die Ausstellung einer Bescheinigung, in der der Lohn angegeben wird, den er verdienen soll. Die besagte Firma ist zum Lohn nicht erschienen. Trotzdem wird verhandelt. Die Sache wird vertagt, um festzustellen, was L. bei L. verdienen verdient. L. erklärt noch, er sei von der Firma entlassen worden. Uns ist es unverständlich, weshalb sich dann die Firma weigert, den Lohn auszustellen. Wenn die Behauptung des L. zutrifft, dann bedeutet die Sandlungsweise eine unverantwortliche Schikaneierung des Arbeiters. Die Arbeitervertreter verlangen die Ausstellung des Bescheinigung durch den Ausschuss. Das lehnt der Ausschuss ab; es wird dem L. empfohlen, den Schein, nachdem er sich gesund gemeldet hat (er war infolge der Arbeit erkrankt), von der Firma zu fordern.
Der Schlosser S. aus Leipzig kam in seiner Heimat Beschäftigung erhalten, weshalb er von den Farbenfabriken in Leunauf den Abbleherschein verlangte. S. ist vom Militär bis zu seiner definitiven Entlassung beurlaubt. S. kann die Zustände in den Farbenfabriken nicht, sonst hätte er dort keine Arbeit genommen, wie er vor dem Ausschuss erklärte. S. unterzieht sich dem Militärgesetz, also nicht dem Kaiserlichen Gesetz, weshalb ihm Zusage der Rat gibt, beim Bezirkskommando in Leipzig die Zusage einer Arbeitsstelle zu beantragen. S. will diesen Rat befolgen.
(Vergleiche Arbeiterstimme, Nr. 63 vom 15. März.)

Kiel, 13. März.
Zwei Lehrlinge verlangten den Abbleherschein. Der eine erhielt 9 S. Stundenlohn, der andere 15. Die als Vertreter der Lehrlinge erschienenen Väter gaben zu, es sei zwar richtig, daß ein schriftlicher Lehrvertrag bestünde und dieser nicht ohne Weiteres aus der Welt zu schaffen sei. Die den Lehrlingen gezahlte Entschädigung entsprach auch den Bestimmungen des Lehrvertrages. Der Vertrag sei jedoch zu einer Zeit abgeschlossen worden, wo sich gar nicht übersehen ließ, daß wir in eine Zeit der ungeheuren Leertung geraten würden. Unter den heutigen Verhältnissen ist es ihnen unendlich, die Söhne bei dieser Entschädigung neben der Versorgung der eigenen Familie zu unterhalten. Auch andere Familienverhältnisse liegen vor, daß sie mit der den Söhnen gezahlten Entschädigung nicht auskommen. In beiden Fällen kam eine Einigung zustande, doch den Lehrlingen eine Heftleistung in Aussicht gestellt wurde. Der Kriegsausschuss setzte zu diesem Zweck die Entschädigung aus.
Die Rücksicht auf den vaterländischen Hilfsdienst geht vor, auch wenn sie zu Härten gegen die

gemacht wird, sondern daß sie von den Kollegen mit beeinflusst wird. Der Verbandstag muß die Richtlinien der Verbandspolitik festlegen und nötigenfalls gegen Mißbrauch einschreiten. Denken einige Verbandsangehörige, daß dies für sie ein Zwang sei, dann müssen sie eben die Konsequenzen ziehen. Keine andere Berufsvereinigung würde dulden, daß sich Angestellte öffentlich politisch betätigen und dabei auf die Interessen der Mitgliedschaft keine Rücksicht nehmen. Innerer Überzeugung ist Privatfrage, aber auf führenden Posten steht, muß Rücksicht nehmen und nicht als Privatfrage betrachten, was Verbandsangelegenheiten von eminenter Wichtigkeit ist. Ueber diesen Punkt muß meiner Überzeugung nach früher oder später doch Klarheit geschaffen werden, und je eher, desto besser. Es würde damit ein Handlanger befreit werden, der sich dieser Erörterung erzeigt hat. Es würde mich sehr freuen, wenn die Kollegen durch diese Ausführungen veranlaßt würden, auf die Sache näher einzugehen. Ich selbst kann es leider nicht, da hier die Zeit und Gelegenheit fehlt.
D. G., Weimar (zurzeit im Felde).

Als selbstgrauer (jetzt rekrutierter) Metallarbeiter will auch ich mich zu verschiedenen Punkten äußern, die höchstwahrscheinlich auf der kommenden Generalversammlung zur Sprache gebracht werden. Als ich Mitte Januar infolge Reklamation aus dem Felde zurückkam, war mein erster Weg zum Büro der hiesigen Verwaltungsjelle, um meine Mitgliedschaft fortzuführen. Erlaucht war ich, daß die Leistungen des Verbandes, die am Anfang des Krieges herabgesetzt wurden, jetzt noch nicht im vollen Umfang wieder eingeführt worden sind. Dies ist auch ein Grund mit, weshalb entlassene oder rekrutierte Arbeiter ihre Organisationszugehörigkeit nicht fortsetzen. Bei der geringen Arbeitslosigkeit, die es jetzt in unserer Organisation gibt, sollte es doch auch möglich sein, die Krankenunterstützung wieder in voller Höhe auszusagen. Gewiß brauchen wir nach dem Kriege Mittel zu kämpfen, die vielleicht die bis jetzt geführten in den Schatten stellen, aber es ist nicht mehr die Macht, die Krankenunterstützung in alter Höhe auszusagen. Die wenigen Kranken, die wir jetzt haben, verursachen doch wahrlich nicht so große Ausgaben. Bei den jetzigen hohen Lebensmittelpreisen kommt ein Kranter geradezu in Schuld. Wie soll sich ein Kranter erholen können, wenn ihm auch noch das Krankengeld gekürzt wird? Es ist ein Unterschied, wenn man wie ich, direkt 10 M. nur 5 M. aus dem Verband erhält. Man kommt anstatt in eine Notlage, die ja die Organisation immer verhindern wollte; verschlechtert sich doch an und für sich die wirtschaftliche Lage eines Kranken sich so sehr. Des weiteren wäre es angebracht gewesen, da es verkrüppeltes Krankengeld gibt, den Hinterbliebenen der Gefallenen eine kleine Abfindungssumme aus Verbandsmitteln zu gewähren. Es gibt Mitglieder, die 10, 12 und noch mehr Jahre gesteuert haben, auch während dieser Zeit gar keine oder sehr wenig Unterstützung bezogen haben; durch den Krieg mußten sie ihr Leben hergeben. Diesen Leuten hätte man ganz gut eine kleine Abfindungssumme zahlen können. Es entzieht sich meiner Kenntnis, wieviele von unseren Kollegen auf dem Felde der Ehre oder infolge Krankheit oder dergleichen beim Militär gefallen oder gestorben sind. Aber ich glaube, unsere Organisation ist infauste, die Angehörigen dieser Mitglieder eine kleine Summe zu zahlen. Die Hinterbliebenen dieser Mitglieder zahlen den Hinterbliebenen eine kleine Abfindungssumme, unsere große Gewerkschaft soll dies nicht können? Für die Hinterbliebenen wäre eine große Hilfe bei den teuren Lebensverhältnissen; auch sichert sich dadurch die Organisation den guten Ruf, den Schwachen und Hilfsbedürftigen eine Stütze in der Not zu sein. Für die Weiter- und Fortentwicklung unserer Organisation ist dies von großer agitatorischer Bedeutung. Die Söhne und Töchter von den im Kriege Gebliebenen, die in der Metallbranche beschäftigt sind oder in Zukunft beschäftigt werden, würden dadurch die Organisation erst recht schätzen lernen. Vielleicht beschäftigt sich der Vorstand einmal mit dieser Angelegenheit und gibt seine Ansicht darüber kund, sonst müßte eventuell die Generalversammlung zu diesen hier aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen.
Richard Bang (Ehemalig).

Unser Verband in der 137. Kriegswoch

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit im Verband während der 137. Kriegswoch ist in nachstehender Übersicht dargestellt.
Trotz erfolgter Wahrung sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungsjellen: Hienburg, Nordhausen, Schlei, Tangermünde, Cuxhaven, Oldenburg, Uetersen, Wedel-Schulau, Borch, Zwickbrücken und Lindau.

Übersicht über die Zeit vom 11. bis 17. März 1917.

Nr.	Verwaltungsjellen		Mittgliederzahl zu Anfang der Woche		Davon vom Heer entlassen		Davon zum Heer eingezogen		Mittgliederzahl am Ende der Woche		Davon arbeitslos		Sommerlohnempfänger		Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung	
	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein
1.	83	—	7486	33	46	15	7440	9	0,1	94						
2.	30	—	5621	20	22	9	5599	12	0,2	66						
3.	81	—	8490	34	41	4	8449	18	0,2	62						
4.	51	—	3936	236	271	103	38365	108	0,3	489						
5.	77	4	33868	146	194	51	33674	53	0,2	352						
6.	59	4	50062	125	203	55	49902	27	0,1	203						
7.	34	—	35472	125	355	48	35117	47	0,1	489						
8.	27	—	13568	63	192	40	13376	12	0,1	50						
9.	49	2	27134	101	221	96	26938	285	1,1	43						
10.	39	1	21547	129	147	37	21400	112	0,5	588						
11.	1	—	57242	281	43	43	57199	132	0,2	936						
Zus.	411	11	280116	1293	1735	501	278381	825	0,3	3232						

Einblicklich der im Laufe der Woche Zugeworbenen, Neuaufgenommenen und vom Heer Entlassenen.
In der Berichtswoche wurden (außer Berlin) 3059 neue Mitglieder aufgenommen. 792 Mitglieder wurden mehr vom Heer entlassen als eingezogen.
4995 Mitglieder = 1,8 v. H. waren krank gemeldet, an die 17891 M. Unterstützung ausgezahlt wurden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 8. April der 15. Wochenbeitrag für die Zeit vom 8. bis 14. April 1917 fällig ist.

An die Bevollmächtigten der Verwaltungen.

Wir eruchen, uns höchstens 14. April die Zahl der Wahllokale und der Stimmzettel für die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung mitzugeben, damit wir das erforderliche Material herstellen und übergeben lassen können.
Die Verwaltungen, die bis zum 14. April keine Nachricht geben, erhalten nur Material für ein Wahllokal.

Nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt.

Auf Antrag der Verwaltungsjelle in Bonn: Der Schlosser Ernst Schneider, geb. am 11. April 1892 zu Wald, Buch-Nr. 1889191, wegen Schädigung des Verbandes.

Alle für den Vorstandsvorstand bestimmten Sendungen sind zu richten: An den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rätestraße 16, 1.
Mit kollegialen Grüßen Der Vorstand.

